



Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
Frau Brigitte Zypries

Bundesminister für Gesundheit
Herrn Hermann Gröhe

Paris / Berlin, 4. Mai 2017

EU-Richtlinienvorschlag über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung Bereichsausnahme für Gesundheitsberufe

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,
sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Europäische Kommission hat im Januar einen Richtlinienvorschlag über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen vorgelegt. In den letzten drei Monaten hat die maltesische Präsidentschaft die Verhandlungen in der Ratsarbeitsgruppe sehr schnell vorangetrieben. Sie strebt eine politische Einigung im Mai an.

Die europäischen Dachverbände der Apotheker (PGEU) und anderer Gesundheitsberufe – insbesondere der Ärzte und Zahnärzte – haben den Vorschlag analysiert. Sie haben dabei schwerwiegende Bedenken wegen der potentiellen Nachteile für die Regulierung im Gesundheitswesen identifiziert. Daher fordern sie angesichts der besonderen Rahmenbedingungen für die Gesundheitsberufe und der Notwendigkeit eines hohen Patientenschutz-niveaus gemeinsam mit ihren nationalen Mitgliedsverbänden eine **Ausnahme für Gesundheitsberufe vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie**.

Wir sind uns des deutsch-französischen „non-paper“ bewusst, das die Positionen unserer beider Regierungen im Rat mit bestimmt hat. Wir begrüßen auch sehr, dass beide Kammern der Parlamente sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ausdrückliche Subsidiaritätsrügen gegen den Richtlinienvorschlag beschlossen und dabei unter anderem mögliche Auswirkungen auf Gesundheitsberufe erwähnt haben. Dies ist auch in öffentlichen Äußerungen von Regierungsvertretern unserer Länder aufgegriffen worden, zum Beispiel durch Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen des CDU-Landesparteitags in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Bewusstsein der ganz besonderen Verbindung und Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich und angesichts unserer sehr ähnlichen Regulierungsmodelle für das Apothekenwesen haben wir eine enge Kooperation zu diesem Thema initiiert. Der Ordre National des Pharmaciens vereint alle praktizierenden Apothekerinnen und Apotheker in Frankreich, und die ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e.V. vertritt alle deutschen Apothekerinnen und Apotheker namens der in ihr zusammengeschlossenen Landesapothekerkammern und Landesapothekerverbände.

Gemeinsam appellieren wir an Sie als in unseren Ländern für dieses Dossier zuständige Minister, Ihren Einfluss in den bevorstehenden politischen Verhandlungen im Rat geltend zu machen und ausdrücklich eine Bereichsausnahme für Gesundheitsberufe zu fordern. Zur näheren Begründung verweisen wir auf unsere Stellungnahmen, die Ihnen bereits vorliegen. Diese beziehen sich insbesondere auf die EuGH-Rechtsprechung zu Gesundheitsberufen.

Ein weiteres sehr wichtiges Argument für eine Bereichsausnahme für Gesundheitsberufe stellt der Vergleich zur Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG dar. Sie werden sich sicherlich an die umfangreiche öffentliche Diskussion um den damaligen Kommissionsvorschlag zur Einführung des Herkunftslandprinzips erinnern, das nachfolgend sowohl vom Parlament als auch vom Rat abgelehnt wurde. Als Teil dieser Richtlinie wurde wegen der ganz besonderen Rahmenbedingungen im Gesundheitssektor ebenfalls die ausdrückliche Ausnahme der Gesundheitsberufe von ihrem Anwendungsbereich beschlossen. Wir können nicht verstehen, dass die Kommission nun versucht, diese grundlegende politische Einigung zu untergraben und damit in diesem sensiblen Bereich wieder eine Gefahr negativer öffentlicher Debatten hervorruft.

Eine gemeinsame Initiative aus Deutschland und Frankreich würde ein starkes politisches Signal an die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten darstellen. Selbst wenn die erforderliche Stimmenzahl zur Blockade des Richtlinienvorschlags nicht erreicht werden sollte, wäre ein solches Signal in den künftigen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der Kommission im Trilog sehr wertvoll. Wir bitten Sie daher darum, unser Anliegen wohlwollend zu prüfen und zu unterstützen.

Wir haben einen gleichlautenden Brief in französischer Sprache an Ihre Amtskollegen in Paris gerichtet. Falls Sie weitergehende Fragen haben, stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Friedemann Schmidt
Präsident der ABDA – Bundesvereinigung
Deutscher Apothekerverbände e.V.



Jean-Pierre Paccioni
Präsident des Conseil National
de l'Ordre des Pharmaciens